Wohlstand eng verbunden ist, eine Ermäßigung gewisser direkter Steuern zu erwägen sein wird, besonders derjenigen, die auf Handel und Industrie lasten." Und trotzdem die ungeheure Hetze der deutschen Radikalen, daß in Deutschland der Besitz noch nicht genügend belastet ist, trotzdem die Forderung der Erfassung der Goldwerte! Trotzdem die furchtbare Verblendung, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, durch konfiskatorische Steuern oder durch Sozialisierung die Produktionsmittel dem Privatbesitz zu entreißen und sie dem Zugriff der Entente auf dem Präsentierteller darzubringen. Hat denn das deutsche Volk, hat denn die deutsche Arbeiterschaft keinen Sinn mehr dafür, daß sie dadurch nur das Werk der Entente fördert? Es fehlt nicht an warnenden Stimmen aus dem sozialistischen Lager, die auf die ungeheure Gefahr dieser sozialistischen Forderung hinweisen. Es sei hier nur eine Warnung Dr. Varvusselphands in der sozialistischen Wochenschrift „Die Glocke" erwähnt, der als Folge der sogenannten Erfassung der Sachwerte den „Verkauf der deutschen Industrie auf Abbruch" bezeichnet. Aber die sozialistischen Parteiführer wollen nicht sehen, sie laufen weiter Sturm gegen die deutsche Volkswirtschaft, und die sozialistische sächsische Regierung will das deutsche Volk dadurch allen Gewalten zum Trotz erhalten, daß sie dem Kampf gegen die Industriehilfe Vorschub leistet. Die Erfassung der Goldwerte wäre der sicherste Weg, die deutschen Produktionsmittel dem französischen Gerichtsvollzieher, als den sich Briand so gern bezeichnet, zu baldigem Zugriff auszuliefern.

Kaum weniger wirkungsvoll wäre es für die Entente, wenn man die Kreditaktion in die vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagene Zwangsjacke der Zwangsorganisationen von Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft hineinpressen wollte. Bei unserer passiven Handelsbilanz und dem großen Bedarf ausländischer Zahlungsmittel zum Einkauf von Rohstoffen und Lebensmitteln, müssen diese Organisationen in die gewaltigsten Schwierigkeiten kommen, wenn die Rückzahlungsfristen nahen, neben denen die laufenden Reparationsraten weiter bezahlt werden sollen. Der unmittelbare privatrechtliche Zugriff der ausländischen Gläubiger muß die Folge der unschwer vorauszusehenden Zahlungsunfähigkeit sein. Wenn nun einmal der deutsche Privatbesitz zur Erfüllung der nächsten Reparationsraten herangezogen werden soll, eine Gefahr, die kaum noch zu vermeiden ist, da Herr Dubois und mit ihm die Reparationskommission natürlich mit tausend Freuden den Ball aufgefangen haben, der ihnen von Regierung und Mehrheitsparteien zugeworfen wurde und widerrechtlich die Heranziehung des Kredits zur Reparation fordern, so kann es doch kein Zweifel sein, daß man die Form wählt, die für die deutsche Volkswirtschaft die am wenigsten schädlichen Folgen mit sich bringt. Das ist der völlig freiwillige durch Garantien des Reiches gestützte private Kredit der Industrie. Und diesem Kredit die Wege zu ebnen, sollte sich Herr Wirth eigentlich nicht nur mit Worten angelegen sein lassen, sondern er sollte die Kreditaktion auch dann in jeder Weise unterstützen, wenn der unbedingt zu fordernde Rückhalt der Industrie bei jeder Kreditaktion, ein geordnetes inneres Finanzwesen, ihm parteipolitische Schwierigkeiten bereitet. Nur mit der Aussicht auf eine Neuordnung der finanziellen deutschen Staatswirtschaft kann die Industrie im Auslande Kredit erhalten, und es wäre dringend zu hoffen, daß Herr Wirth mit seiner Weigerung, eine glatte Ablehnung der Industrieforderungen auszusprechen, auch die positive Absicht verbände, zusammen mit der Industrie die Wege zu finden, wie das Reich nicht nur die Verkehrsbetriebe rentabel gestalten, sondern überhaupt aus seiner finanziellen Mißwirtschaft herauskommen kann. Ein Industriekredit kann selbstverständlich wie auch irgendeine Erfassung der Goldwerte nur eine ganz vorübergehende Hilfe, eine Atempause sein. Diese Atempause müßte aber unbedingt dazu ausgenützt werden, nicht nur die Sanierung der Reichsfinanzen mit allen Mitteln zu betreiben, um der Reparationskommission den jetzt mit einem gewissen Recht erhobenen Vorwurf zu nehmen, daß das Reich noch nicht einmal die Steuern von 1920 eingezogen habe, daß also der gute Wille alle Erfüllungsmöglichkeiten auszuschöpfen, keineswegs erkennbar sei. Vielmehr müßten Regierung und Parteien eine Mahnung des Berner „Bund" beherzigen, daß hier „nicht der Kampf zwischen deutschem Kapital und deutscher Arbeit in Frage kommt, sondern die Auseinandersetzung der deutschen Volkswirtschaft mit den Gläubigerstaaten". Dieser Kampf muß kommen, und nur wenn er ein geschlossenes Volk findet, das die Uebergriffe der Entente einhellig zurückweist, kann das Moratorium oder eine Erleichterung der Zahlungsbedingungen Wirklichkeit werden. Nicht als Ausdruck einer vagen Hoffnung, daß es nicht so schlimm kommen werde, kann das von Herrn Heldt zitierte Goethewort gebraucht werden, sondern um dem deutschen Volke das Bewußtsein einzuhämmern, daß es für jede Unterdrückung, für jede Mißachtung eines noch so ehrlichen Erfüllungswillens eine Grenze gibt, wenn sich das deutsche Volk Goethes Kraftbewußtsein zu eigen macht: Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten, kräftig sich zeigen, nimmer sich beugen, rufet die Arme der Götter herbei.

Neue Gegensätze zwischen Bayern und dem Reich.

München, 23. Nov. Der Haushaltsausschuß des bayrischen Landtages erörterte heute den Beschluß des Untersuchungsausschusses des Reichstages, demnächst eine Besichtigung der bayrischen Festungsstrafanstalt Niederschönenfeld vorzunehmen. Abg. Held erklärte, dabei werde der Versuch gemacht, in ein Gebiet einzubrechen, das bisher vom Reiche nicht in Anspruch genommen worden sei. Das Vorgehen des Reichsausschusses sei um so bedauerlicher, als man wissen müßte, daß die bayrische Volksvertretung nicht ohne weiteres sich ein derartiges Vorgehen gefallen lassen könne. Ministerpräsident Graf Lerchenfeld teilte mit, daß der Reichsjustizminister dem bayrischen Gesandten gegenüber erklärt habe, er sei durch den Beschluß des Untersuchungsausschusses überrascht worden. Graf Lerchenfeld fuhr fort: Im Vollzug seines Beschlusses werde voraussichtlich der Untersuchungsausschuß an das Reichsjustizministerium herantreten, damit ihm der Zugang zu der Gefangenenanstalt Niederschönenfeld ermöglicht werde. Zu diesem Zwecke werde das Reichsjustizministerium an die bayrische Regierung herantreten. Bis dahin müsse die bayrische Regierung sich ihre Stellungnahme zu den aufgerollten Rechtsfragen vorbehalten. Sollte in dieser Richtung eine Einigung über Meinungsverschiedenheiten zwischen der bayrischen und der Reichsregierung nicht zu erzielen sein, so würde darüber der Staatsgerichtshof zu entscheiden haben. Solange hätte auf alle Fälle jede Untersuchungstätigkeit des Ausschusses in Bayern zu unterbleiben. In politischer Beziehung sei der Beschluß des Untersuchungsausschusses auf das schwerste zu bedauern. Er müsse von neuem eine tiefgehende Beunruhigung in Bayern hervorrufen, und zwar um so mehr, als die Besorgnis nicht von der Hand zu weisen sei, daß er den gegenwärtigen Wühlereien linksradikaler Elemente im ganzen Reiche Vorschub leisten werde. Der bayrische Gesandte in Berlin sei angewiesen worden, sowohl den Reichskanzler wie den Reichsjustizminister im Auftrage der bayrischen Regierung vor einer Ausdehnung der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses auf Bayern dringend zu warnen.

Die Obstruktion der Linken im preußischen Landtage.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 23. Nov. Im preußischen Landtage setzten die Kommunisten im Verein mit Unabhängigen ihre lärmende Obstruktion gegen die Beratung der neuen Geschäftsordnung fort. Am meisten umstritten war der Paragraph, der dem Präsidenten das Recht gibt, renitente Abgeordnete von den Sitzungen auszuschließen. Gegen diesen Paragraphen liefen die Kommunisten mit Trillerpfeifen Sturm und begleiteten die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners mit stürmischen Unterbrechungen, Zwischenrufen und Pfeifengetriller.

Ausschußberatungen über Sachwerte und Zölle.

Helfferich gegen Staatseingriffe in das Privateigentum.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 23. Nov. Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen begründete Dr. Bernstein (Soz.) eingehend die Forderung nach Erfassung der Sachwerte. Die Erfassung könnte geschehen durch Beteiligung des Reiches an den Einnahmen der industriellen Unternehmungen, die in Anteilscheinen sichergestellt werden müßte. — Abg. Dauch (D. Vp.) wandte sich gegen die Steuervorlage, die einer Konfiskation gleichkomme und das Ausland abschrecke, Kapital ins Land zu bringen und der Privatwirtschaft Kredite zu gewähren. Das Valutaproblem sei bei ungeordneter Wirtschaft und passiver Handelsbilanz nicht zu lösen. Als fester Wertmesser sei auf die Dauer nur der Goldwert auch für die Steuergesetzgebung zugrunde zu legen. Die Besteuerung des Einkommens sei bei Zugrundelegung des Goldwertes in Deutschland unvergleichlich höher als in England. Die Beteiligung des Reiches an den Sachwerten ohne Risiko würde jede Kapitalbildung unmöglich und uns vom ausländischen Kapital abhängig machen. Eine Verminderung der Substanz sei Selbstmord, auch der Kredit würde auf diese Weise untergraben. Der Redner verwies auf frühere Erfahrungen valutaarmer Staaten, die warnen sollten.

Dr. Helfferich wandte sich gegen die Ausführungen des Reichskanzlers in der gestrigen Sitzung. Der Kanzler habe gezeigt, daß die Unerfüllbarkeit des Ultimatums am 15. Januar feststeht, wenn nicht eine besondere Aktion Hilfe bringt. Von einer solchen sei aber bei Annahme des Ultimatums noch nicht die Rede gewesen. Redner warnte vor dem Eingriff in das Privateigentum. Welches Zaubermittel habe der Reichskanzler um die Erfüllung des Ultimatums zu lösen!

Die Dividenden der Aktiengesellschaften beträgen an Goldwert kaum 1 Prozent.

Dr. Helfferich führte weiter aus, daß die indirekten Steuern in Betracht der Währungsentwicklung, soweit sie nicht Wertsteuern seien, steuerermäßigend wirkten, während die Einkommensteuer mit der Geldentwertung ihre Progression steigert. Ausführlich der Redner an Hand von Tabellen den Beweis, daß unsere Einkommensteuer bei unserer Kaufkraft oder valutarischer Parität bedeutend höher sei, als in England, Amerika und Frankreich. Die Besteuerung des Einkommens sei unvergleichlich höher in Deutschland als in irgend einem Lande der Welt. Hierbei sei noch abzusehen von allen Zusatzsteuern. Die Mark habe aufgehört, ein feiner Wertmesser zu sein. Von diesem Gesichtspunkte aus müsse die Kritik des Vermögenssteuergesetzentwurfes verschärft werden. Das Schlagwort von der Erfassung der Goldwerte müsse verschwinden.

Jede Erfassung der Sachwerte, wie man sie auch vornehmen mag, sei ein Eingriff in die Substanz.

Angesichts der alten Staffelung der Vermögenssteuer nach den früheren Goldwerten müsse man jetzt prüfen, ob man nicht eine neue Staffelung vornehmen müsse. Man dürfe übrigens auch nicht alljährlich den zufälligen Stand des Vermögens feststellen, sondern höchstens aller drei Jahre zu einer Ermittlung des Vermögens schreiten. Die Erfassung der Sachwerte, wo sie am leichtesten möglich sei, nämlich bei industriellen Aktiengesellschaften, könne uns der Entente gegenüber nur eine Atempause von einem halben Jahre sichern. Deshalb müßten die Deutschnationalen jede Umwandlung von Privateigentum in Reichseigentum ablehnen.

Leider habe man auch keine Uebersicht, wie hoch bereits seitens der Länder und seitens der Gemeinden Grund und Boden, ferner Gewerbe, Handel und Industrie im voraus belastet seien. Es sei durchaus unzulässig, nunmehr eine völlige Verwirrung in die althergebrachten Steuerbegriffe zu bringen. Der landwirtschaftliche und städtische Grundbesitz sei und bleibe Grundvermögen. Eine Besteuerung als Betriebsvermögen könne nicht aufgehoben werden, da sonst die Grundlagen des Einkommensteuergesetzes und die ganze Arbeit der Steuerbehörden ins Wanken geraten müßten. Die §§ 7 und 8 des Vermögenssteuergesetzentwurfs, die diese Verwirrung notwendigerweise herbeiführen müßten, müßten völlig beseitigt werden, nicht nur im Interesse einer klaren Steuergesetzgebung, sondern auch im Interesse einer schleunigen Steuererhebung, und nicht zuletzt im Interesse des Wirtschaftslebens. Auch der andere Regierungsvorschlag, die landwirtschaftlichen Vermögen künftig nach dem sog. gemeinen Wert zu besteuern, sei undurchführbar; denn bei den heutigen verworrenen Verhältnissen ließe sich überhaupt keine einwandfreie Feststellung dessen machen, was man als gemeinen Wert ansprechen könne. Für die Landwirtschaft sei nur der Ertragswert zu berechnen. Für das industrielle Betriebsvermögen sei wohl der Einstandswert nicht mehr zu halten, da sonst die neuen Fabriken gegenüber den alten zu stark benachteiligt werden würden. Selbstverständlich sei auch hier der gemeine Wert ungerecht. Die Industrie müsse hier noch eingehende Vorschläge machen. Jedenfalls seien diktatorische Befugnisse des Finanzministers für die Bewertungsgrundsätze ohne Verantwortung gegenüber dem Parlament vollkommen unannehmbar. Zum Schluß verlangte Dr. Helfferich für die Kriegsanleihebesitzer, für einen Besitz, der um 90 bis 95 Prozent entwertet sei, keine weitere Belastung durch Vermögenssteuer.

Abg. **Gerold** (Z.) warnte vor zu starker steuerlicher Belastung, sofern sie wirtschaftlich nicht tragbar sei, und polemisierte gegen den raschen Wandel in den Grundsätzen der Besteuerung, der den Steuerapparat noch leistungsunfähiger mache. — Abg. Dr. Hertz (Unabh.) hielt es nicht für zutreffend, daß die Besitzsteuern aufs äußerste angespannt seien. Redner bestritt bezüglich der Ausführungen des Abg. Helfferich, daß die Dividende ein Maßstab der Erträgnisse eines Unternehmens sei. Auf dem Wege der Bezugsrechte würden die Gewinne der Aktiengesellschaften ausgeschüttet. Hier müsse die steuerliche Erfassung einsetzen. — Abg. Schulz (D. V. P.) führte aus, daß Maßnahmen, wie sie in der Erfassung der Sachwerte vorgesehen seien, nicht als Steuer gelten könnten, sondern eigentlich Konfiskationen seien. — Abg. Keinath (Dem.): Zu der Erfassung der Sachwerte könne erst bei Vorlage genauer Unterlagen Stellung genommen werden. Sicherlich werde die Hoffnung der Anhänger der Erfassung auf eine Stabilisierung der Mark infolge der Erfassung nicht in Erfüllung gehen. Auch der Abg. Ledebour habe zugeben müssen, daß die bei der Erfassung der Sachwerte zu befürchtende Ueberfremdung den deutschen Arbeiter in eine unerwünschte Abhängigkeit vom Auslande bringe. Dem Gedanken der Vermögenssteuer als solcher stehe seine Fraktion nicht ungünstig gegenüber. Es müsse ein objektiver Vertragswert gefunden werden, der mit dem richtig verstandenen gemeinen Wert gleichbedeutend sei. Nach den Ausführungen zweier weiterer Redner vertagte der Ausschuß die Beratungen auf morgen.

Die künftigen Zollerhöhungen.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 23. Nov. Im Reichstagsausschuß für Verbrauchssteuern, Zölle usw. wurde heute der Gesetzentwurf über Erhöhung von Zöllen behandelt. Der Ertrag der Zölle belief sich im Rechnungsjahre 1913 auf rund 700 Millionen Mark, 1920 dagegen ohne Berücksichtigung des Goldzollaufgeldes auf nur 300 Millionen Mark, wobei besonders der Ausfall der bei Kriegsbeginn aufgehobenen Getreidezölle ins Gewicht fällt, die vor dem Kriege 31 Proz. der gesamten Zolleinnahmen ausmachten. Die Einnahmen wären noch geringer gewesen, wenn nicht in den ersten Monaten des abgelaufenen Rechnungsjahres an der deutschen Westgrenze die Durchführung der Einfuhrzölle gehindert worden wäre, so daß erhebliche Mengen von Luxuswaren hereinströmen konnten. Eine Erhöhung der Zölle auf Wein und auf gewisse besonders ertragreiche Früchte sei nach dem Friedensvertrage, wie regierungsseitig ausgeführt wurde, ebenso ausgeschlossen, wie es die Wiedereinführung der Getreidezölle sein werde. Von den eigentlichen Finanzzöllen kämen danach für eine Erhöhung in der Hauptsache die zuletzt 1918 erhöhten Zölle auf Kaffee und Tee und die 1918 nicht erhöhten Kakaozölle in Betracht. Die Erhöhung müßte so bemessen werden, daß nicht der Mehrertrag durch Verbrauchsrückgang vereitelt werde. — Abg. Schlack (Zentr.) wandte sich dagegen, daß Tee, Kakao und Kaffee derart mit Zöllen belegt würden, daß ihre Einführung ganz unmöglich würde. Ein Zoll auf gebrannten Kaffee von 100 Mk., auf Tee von 140 Mk. und auf Kakao von 21 Mk. für das Kilogramm würde die Einfuhr ausschließen, und damit würde die Vorlage nicht eine erhöhte, sondern eine verminderte Einnahme zur Folge haben.

Zur Erhöhung der Zölle bei Tee, Kaffee und Kakao wurde regierungsseitig vorgeschlagen, bei Rohkaffee eine Heraufsetzung des geltenden Satzes von 180 auf 200 Mk. vorzunehmen und bei Tee von 220 auf 350 Mk. Bei geröstetem Kaffee empfahl die Regierung eine Verstärkung des Arbeiterschutzes für die inländische Röstindustrie vermittels einer Steigerung des Zollsatzes von 175 auf 300 Mk. Der Zoll auf rohe Kakaobohnen könne nach Ansicht der Regierung verdoppelt werden. Bei den Zollsätzen des Gesetzentwurfes könne vorläufig für Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Südfrüchte mit einem Mehrertrag von zusammen 46,6 Millionen Goldmark gerechnet werden. Im Beharrungszustande werde der Mehrertrag auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakao 100 Prozent, für Südfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Friedensverbrauches in Ansatz gebracht worden seien. Gegen eine so verstärkte Erhöhung dieser Zölle sprachen sich namentlich die Abgg. Findeisen und Dr. Deermann von der Deutschen Volkspartei aus. Die Abgeordneten stimmten im allgemeinen den Absichten des Unterausschusses zu. Der Verbrauch von Kakao habe sich nach dem Kriege wieder erhöht und sei als wichtiges Nahrungsmittel für Getränke in allen Schichten der Bevölkerung eingeführt. Infolgedessen bedeuteten die von der Regierung geforderten hohen Zollsätze eine zu große Belastung der Verbraucher.

Auch Abg. Graf Westarp (D. N.) lehnte die Erhöhung des Kaffeezolles ab. Der vorgeschlagene Zollsatz mit dem Valutazollsatz werde den Kaffee derart verteuern, daß er nur noch ein Luxusartikel für Schieber und Valutareisende sei. Das müsse ungeheuer verbitternd wirken, weil der Konsumrückgang jeden finanziellen Ertrag in Frage stellen würde. — Angenommen wurden vom Ausschuß folgende Zollsätze: Für den Doppelzentner Bananen 10 Mk., Datteln und Traubenrosinen 60 Mk., Paprika (Spanischer Pfeffer), frisch 10 Mk., getrocknet 50 Mk., Gewürze, wie Safran, Vanille, Gewürznelken, Muskatblüten, Pfeffer, Zimt usw., 50 Mk., für Gewürze in gemahlenem oder geraspeltem Zustande erhöht sich der Zollsatz um 50 Prozent. Gewürze zur Gewinnung flüchtiger Oele, sowie Muskatnüsse zur Gewinnung von Muskatbutter unter Zollsicherung sind frei. Die Abstimmung über die Zollsätze für Kaffee, Kakaobohnen, Kakaoschalen, für Tee, Kakaobutter, Kakaomasse, Kakaopulver und Schokolade wurde zunächst noch ausgesetzt.

Frankreichs Flottenprogramm.

Paris, 23. Nov. Nach einer Havas-Meldung aus Washington wird das Flottenprogramm Frankreichs von den Blättern wie folgt gekennzeichnet: Frankreich verlange gleiche Tonnage an großen modernen Einheiten wie Japan, nämlich 300 000 Tonnen, und ebensoviele Unterseeboote wie England. Aus eingezogenen Erkundigungen geht hervor, daß die französischen Delegierten sich bemühen werden, die Annahme des französischen Programms von 1912 als Grundlage für die Einschränkung der französischen Flotte zu erreichen. Dieses Programm hätte seine Verwirklichung gefunden, wenn der Krieg nicht ausgebrochen wäre. Die französischen Delegierten werden zum allermindesten verlangen, daß die Flottenstärke Frankreichs auf der Grundlage der Flottenstärke von 1914 beziffert werde. Hinsichtlich der modernen Einheiten sei Frankreich zu weitgehenden Zugeständnissen im Sinne des Hughesschen Planes bereit, denn sein Wunsch richte sich vor allen auf eine Defensivflotte. Es wird infolgedessen freie Hand verlangen, die Tonnage, die ihm zugestanden werde, auch in Unterseebooten und leichten Kreuzern auszuführen. (WTB.)

Neuyork, 23. Nov. Wie „New York World" aus Washington meldet, erklärte Briand, die von England vorgeschlagene Beschränkung der Unterseebootflotte sei für Frankreich unannehmbar. Briand habe ferner in Abrede gestellt, daß er für Frankreich die gleiche Flottenstärke, wie sie Japan wünsche, verlangt habe. (W. T. B.)

Japans Verzicht auf die Mandschurei.

London, 23. Nov. Einer Exchange-Meldung aus Washington zufolge hat Admiral Kato erklärt, daß Japan die Mandschurei als einen Teil Chinas ansehe und daß es den von Senator Root aufgestellten Grundsätzen trotz riesigen dort befindlichen Besitzes Japans folgen und auf die Souveränität über die Mandschurei verzichten werde. In britischen Kreisen nimmt man an, Japan sei der Ansicht, daß die Annahme der aufgestellten Grundsätze auch die Räumung Schantungs, Kiautschous und vielleicht auch der Mongolei umfassen werde. (W. T. B.)

Australiens Mißtrauen gegenüber Amerika.

London, 23. Nov. Wie aus Melbourne berichtet wird, erklärte der australische Premierminister Hughes im Repräsentantenhause gegenüber einem Antrage der Arbeiterpartei auf Herabsetzung des Etats für die Wehrmacht um 200 000 Pfund, er hoffe, daß die Parlamentsmitglieder, die im siebenten Himmel schwebten und bezüglich des Fortschrittes in Washington optimistisch seien, ihr Gedächtnis auffrischen und an die Pläne bezüglich der Einschränkung der Rüstungen denken sollten, die gefaßt wurden, kurz bevor der blutigste Krieg ausbrach, den die Welt gesehen hat. Hughes sagte, diejenige Nation, die die Washingtoner Vorschläge vom Stapel gelassen hat, habe auch sofort das größte Schlachtschiff vom Stapel laufen lassen, während Großbritannien, um seine Aufrichtigkeit zu beweisen, den Flottenbau eingestellt und tausende von Arbeitern dadurch erwerbslos gemacht habe. Schließlich erklärte Hughes, es wäre unklug, die australische Luftwaffe abzuschaffen. (W. T. B.)

Das Riesenheer der Opfer des Bolschewismus.

Riga, 23. Nov. Das russische Blatt „Woroshdenie" veröffentlicht eine Statistik aller von den Bolschewisten Ermordeten und zu Tode gemarterten Personen. Das Blatt will diese Statistik aus geheimer Quelle haben, die es augenblicklich noch nicht angeben zu können glaubt. Darnach büßten ihr Leben ein: Erzbischöfe und Bischöfe 28, Priester 1215, Professoren und Lehrer 6575, Doktoren und Assistenten 8800, Offiziere 54 650, Gendarmerie- und Polizeioffiziere 10 500, Soldaten 260 000, Gendarmen und Polizisten 48 500, Gutsbesitzer 12 250, geistige Arbeiter 855 250, Handwerker 192 350, Bauern 815 100.